

Dr. phil Marie-Luise Conen
Dipl.-Psych., Dipl.-Päd
M.Ed (Temple U.)
Familientherapeutin

Heinrich-Seidel-Str. 3
12167 Berlin
Tel. 030-7954716
Email: info@context-conen.de

Berlin, den 13.5.2017

In dieser Email möchte ich Ihnen eine Reihe von weiteren Informationen zur vom BMFSFJ angestrebten SGB-VIII-„Reform“ zukommen lassen:

1. Informationen zu Veranstaltungen auf dem Deutschen Jugendhilfetag vom 28.3.-30.3.2017 in Düsseldorf
2. Stellungnahmen einzelner Verbände zum Regierungs- und auch zum Referentenentwurf

Meine Stellungnahme vom 12.5.2017 zum Regierungsentwurf füge ich im Anhang bei (diese beschränkt sich nur auf die angestrebten Veränderungen, die die Pflegekinder bzw. die Elternrechte betrifft, zu anderen Problemaspekten siehe unten stehende Stellungnahmen der Verbände)

1. Deutscher Jugendhilfetag 2017 in Düsseldorf

1.1. Eröffnungsreden

Der DJHT stellt mit seinen ca. 40.000 bis 60.000 TeilnehmerInnen die größte Veranstaltung der Jugendhilfe im deutschsprachigen Raum dar. Neben Fachforen, Vorträgen und Workshops können sich Anbieter in einer Messe vorstellen.

Das Düsseldorfer Messegelände ist nicht gerade denkbar gut an öffentliche Verkehrsmittel angebunden, so dass die TeilnehmerInnen lange Fußwege oder Wartezeiten auf Busse zu bewältigen hatten. Umso interessierte und lebhafter gestalteten sich die diversen Gespräche und Austausch der KollegInnen in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Eine sehr angenehme Änderung gab es im Bereich der Messeveranstaltungen. Anders als in den Jahren zuvor, gab es nur eine Halle in der alle Beteiligten sich vorstellen. Die vorher üblichen Riesenfläche und damit verbunden langen, langen Durchmärsche durch riesige Messehallen sind hoffentlich in Zukunft vorbei. Dadurch war es leichter und übersichtlicher mit KollegInnen ins Gespräch zu kommen und Anregungen aufzugreifen.

Im Vorfeld der Eröffnungsveranstaltung schien die AGJ als Veranstalter nervlich etwas gestresst zu sein. Sie befürchteten wohl, dass es einen zweiten „Kölner Jugendhilfetag“ geben könnte. Als ich all die doch vielen jungen (unter 30jährigen) TeilnehmerInnen sah, war mir

und anderen KollegInnen klar, da wird nicht viel an Kritik oder Unmut kommen zu den derzeitigen Jugendhilfeentwicklungen, allen voran die SGB-VIII-„Reform“– sorry liebe jungen KollegInnen, aber eine Bastion des Widerstands würde anders aussehen) (dazu unten mehr).

Bei der Eröffnungsveranstaltung sprachen wie üblich Minister und Gastgeberstadt, sowie Veranstalter AGJ. Düsseldorfs Oberbürgermeister Thomas Geisel versuchte – ebenso wie seine nachfolgenden Politikkolleginnen Kraft und Schwesig ein „Joining“ mit den TeilnehmerInnen über seine Mitteilung, dass er Vater von fünf Töchtern sei. Er nutzte ferner die inzwischen übliche Plattitüde „Kein Kind zurück lassen“ und stellte sehr kurz dar, dass diesbezüglich Düsseldorf eine Modellstadt sei. Nun, ich kenne in meiner alten Heimatstadt Düsseldorf einige alte KollegInnen, die das nicht so sehen. Ansonsten äußert er sich bezüglich sozialer Fragen interessanter Weise hier zu „Helicopter“-Eltern, die ja eher i. d. R. nicht unbedingt eine Zielgruppe der Jugendhilfe sind (außer in EFBen).

Hannelore Kraft, die am 14.5.2017 zur Wiederwahl in NRW ansteht, mühte sich ihre alte Kampfkraft darzustellen. Sie versuchte ihr „Joining“ mit ihrem Sohn, nun denn ... Auch hier wieder „Kein Kind zurücklassen“. Ich muss zugeben, man kann ja den Goodwill von Politikern diesbezüglich vielleicht erkennen, aber die Ausführungen zeugen dann nicht unbedingt davon, dass sie die Erfahrungen von Praktikern einbeziehen und wissen, was ansteht und notwendig wäre. Man kann sich ja sicherlich daran freuen, dass sie betonte, dass ihr der Austausch und die Abstimmung mit den Praktikern in der Jugendhilfe notwendig sei, aber wenn man so hinter den Kulissen erfährt, dass sie mit zu denen gehörte, die SGB VIII eher still und leise durchziehen wollte (wegen ihres Wahlkampfes?), dann gibt es doch Zweifel über diese Worte und welche Taten damit verbunden sind. Der Schwerpunkt ihrer Rede war, ihre Bemühungen darzustellen, die notwendigen Präventionsketten finanziell zu unterlegen, wobei sie die Belastungen der Kommunen scheinbar sieht (aber die Kommunen vor allem im Ruhrgebiet ächzen). Sie setzte, wie alle sozialpolitisch angehauchten SPD-Politiker auf die Bedeutung der frühen Jahre. Bei den Politikern scheint noch nicht angekommen zu sein, dass die Evaluationen der Frühen Hilfen den Daumen nach unten gezeigt haben – nach dem ganzen Hype zu den Frühen Hilfen scheinen sich ja auch alle sehr zu bemühen, die doch sehr mageren und kritischen Forschungsergebnisse der Frühen Hilfen herunterzuspielen und so weiterzumachen, als ob es da keine Ergebnisse gäbe, die kaum Effekte aufzeigen. An offizielle Zahlen kommt man derzeit bedauerlicherweise auch nicht heran, aber es gibt inzwischen Vorträge, in denen davon berichtet wurde.

Bei ihren Äußerungen zu den 20 % Schulabgängern, die in NRW keinen Schulabschluss (!!) und damit auch keine Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben, zeigte sie sich doch recht engagiert. Sie verwies auf Pilotprojekte, die Methoden aufzeigen sollen, wie man passende Berufsprofile entwickeln und aufbauen könne. Nun, auch hier die Frage, ob es nicht auch eine Frage ist, wie Schule mit („abgehängten“) Kindern und Jugendlichen anders gestaltet werden müsste. Sie betonte wie wichtig es sei, die Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung mitreden und mitwirken zu lassen. Ich fragte mich, wo gibt es die Orte und Foren für Mitarbeiter sich einzubringen (außer über ihre Geschäftsführer in Verhandlungen mit den örtlichen Jugendämtern). Als sie dann auf die, in ihren Augen notwendige Änderung des Grundgesetzes für Kinderrechte hinwies, habe ich innerlich gedacht: Aber diese bitte nicht gegen die Elternrechte ausspielen (siehe mein Stellungnahme zum Regierungsentwurf). Ich würde mir wünschen, dass Politiker und FachkollegInnen nicht weiter die doch sehr interessanten Forschungsergebnisse von Tanja Betz: Das Ideal der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zu Herzen nehmen würden (https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_WB_Bildungs-

[und Erziehungspartnerschaft 2015.pdf](#)) – bitte lesen, auch wenn es von der Bertelsmann-Stiftung kommt, die mit eine der Hauptinfluencer in diesem Bereich ist (und – siehe vom Dez. 2016 – Hauptförderer der Idee des sozialen Wirksamkeitskredits ist).

Die Rede der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig kann ich nur atmosphärisch wiedergeben. Offensichtlich fand ich keinen Weg irgendetwas Substanzvolles zu notieren. Sie versuchte ihr „Joining“ durch Bezugnahme auf ihre beiden Kinder. Nun, sicherlich entspringt diese Art von „Joining“ dem Bedürfnis von Politikern auch als Mensch gesehen zu werden ... Sie gehört ja für mich zu den Politikerinnen, die eher von zu wenig Anschlussfähigkeit bei ihrem jeweiligen Publikum zeugen. Es war ja vorher kolportiert worden, dass sie entgegen der Ankündigung im Programm nicht kommen würde.

Da der letzte Gesetzentwurf erst wenige Tage zuvor (man kann inzwischen sagen „wie üblich“) den Fachexperten/ Fachverbänden vorlag und diese nur in Nachtschichten das neue „Werk“ durcharbeiten konnten, waren natürlich TeilnehmerInnen noch weniger über die neuesten Aktionen / Winkelzüge informiert. Es erstaunte mich dann auch nicht, dass Schwesig Beifall erhielt als sie „verkündete“, dass es keine Änderungen in den Hilfen zur Erziehung“ gäbe. Ich fragte mich, ob der Beifall deswegen aufkam, weil viele TeilnehmerInnen „dankbar“ sind, dass diese nun unberührt bleiben (ignorierend, dass dies sicherlich in der nächsten Wahlperiode wieder auf den Tisch kommt!!) oder ob man Beifall gab, weil „man“ so viel Einfluss auf die Politiker bekommen hatte (daran habe ich meine Zweifel) ... Meinen Beifall bekam sie nicht, denn es ist davon auszugehen, dass das was an fachlichen und fachpolitischen Unmöglichkeiten in den diversen Gesetzesentwürfen nun wieder herausgenommen wurde, sicherlich wieder in irgendeiner Form in der nächsten Wahlperiode auf den Tisch kommen wird.

Ich habe mir übrigens als Vorbereitung zu dieser Rundmail mehrere Profile von Schwesig angeschaut u.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Manuela_Schwesig. Bei diesen Recherchen stieß ich auch noch mal auf den Hunger-Tod der 5jährigen Lea-Sophie in Schwerin in 2007 – zu einer Zeit in der Schwesig Stadträtin in Schwerin war und Beteiligte am Untersuchungsausschuss war. Ihr starker Einsatz für Pflegeeltern und gegen leibliche Eltern scheint mir hieraus ableitbar. Wie man ja auch von anderen öffentlichkeitswirksamen Menschen weiß (z.B. Journalist Peter Hahne), scheint es in manchen Kreisen wohl üblich zu sein, Familie, vor allem wenn es sich um arme Familien handelt, als potentiellen Ort des Todes zu sehen und man daher die Kinder vor diesen „bösen“ Eltern retten muss (auch dazu mehr in meiner Stellungnahme).

Die Eröffnungsrede der AGJ-Vorsitzenden Karin Böllert zeigte fachlich Expertise, blieb in vielem höflich und um Freundlichkeit bemüht. Ich war enttäuscht, hier wäre eine Gelegenheit gewesen, vor allen den TeilnehmerInnen doch was Kritisches zu den „Reform“-Bemühungen zu sagen. Nun, die AGJ hatte scheinbar die Strategie auf der Großveranstaltung moderat zu bleiben, während später Böllert auf einer anderen AGJ-Veranstaltung sich doch kritischer äußerte (siehe unten)

1.2. Veranstaltungen Jugendhilfetag

Atmosphärisch eine Vorbemerkung: Bei der Suche nach einem Veranstaltungsraum hörte ich fetzige Rockmusik. Dies machte mich neugierig und betrat den großen Saal, grob durchgerechnet, ca. 2500/3000 TeilnehmerInnen. Es war eine Bombenstimmung im Saal. Vorne auf der Bühne gelang es offensichtlich einigen jungen MitarbeiterInnen eines großen

Kita-Verbandes eine gute, freudige und enthusiastische Stimmung zu erzeugen. Die TeilnehmerInnen, vorwiegend Frauen bis ca. 30 Jahre alt, wippten auf ihren Stühlen mit der Rockmusik mit. Es gab kurze erläuternde Ansprachen, bis dann ein älterer Verbandsvertreter (Typ Verbandsvertreter) mit seiner Rede begann.Innerhalb weniger Minuten war die fetzige Stimmung weg, ich konnte zunehmend gelangweilte Gesichter sehen... und verließ den Saal um meinen Termin wahrnehmen zu können.

a) Fachforum Jugendhilfe 2030

(u.a. mit Gintzel, Behnisch, Schone, Redmann u.a.)

Reinhold Schone wies ein manchmal erheiterndes, aber irgendwie auch bitterböses Zukunftsszenarium für die Jugendhilfe auf:

2017

Omnipotenzanspruch – für alles zuständig sein; Inklusionsdebatte zeigt die mangelnde Reformfähigkeit der Jugendhilfe

2020

Abschaffung der Gemeinnützigkeit (Europäische Marktregelungen)

2023

Abschied von der Einheit der Jugendhilfe) – Entmischung statt Einmischung

2024

Beendigung der Zweigliedrigkeit der JH = Freie Träger als an Korruption grenzende Selbstbeschaffung bewertet (100 Jahre nach RJWG)

2025

Seit 2025 Reform der Fachhochschul-Ausbildung durch Schaffung differenzierter Studiengänge zu den einzelnen Berufsbildern in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

2026

Seit 2026 Professionalisierung von Einzelaufgaben durch Schaffung von Fachämtern

2028 Schaffung des SGB VIII und Eingliederung der Aufgaben in andere Sozialgesetzbücher

2029

Letzter Jugendhilfetag, Jugendhilfe wird ein historischer Begriff

Ergänzend: in 2020 ist die Jugendhilfe mit 50 Mrd. Ausgaben im Erfolg zu Tode geritten, hat sich überfressen. Zwischen 2001 und 2015 steigerten sich die Ausgaben um 40 Mrd. (Größter Teil Kindstagesstätten)

Schone wies darauf hin, dass diese Entwicklungen in der Zukunft bereits jetzt angezeigt sind. Daher plädierte er dringend dafür, dass es neue Einmischungsstrategien sowohl in der Sozialpolitik als auch in den anderen relevanten Bereichen geben muss.

Es stelle sich die Frage, welche Orte und Ideen es gibt, die die Unzufriedenheiten auf den Punkt bringen.

Hier einige weitere Zahlen aus den Vorträgen (ich hoffe, ich habe keine Fehler drin)

Redmann:

873.000 Fachkräfte – letztes Jahr Steigerung um 225.000, davon haben 20 %
Hochschulausbildung, 83 % haben einschlägige Berufsausbildungen.

In 2015 – 18 % weniger JH-Einrichtungen, 25 % der Beschäftigten sind befristet angestellt !!

Behnisch:

Jugendhilfe entwickelt sich weg von einer koordinierenden Funktion hin zu einer repressiven Funktion. Zwischen 2004 und 2015 ein extremer Anstieg von PSR-Entzügen (25 % !!)

Weitere Zahlen (2015)

55, 2 %	Ungeplant beendete Hilfen zur Erziehung
46, 5 %	Ungeplant beendete Vollzeitpflege
36, 4 %	Ungeplant beendete Familienhilfen
33 – 43 %	Anstieg der SPFH / HZE unter 5 Stunden wöchentlich
48 – 59 %	SPFH weniger als 1 Jahr
50 – 60	Monate Dauer der Vollzeitpflege (durchschnittlich)
27-20	Monate Dauer von Heimerziehung (durchschnittlich)

Behnisch zitierte aus der Studie von Ziegler/ Mohr (Mohr S, Ziegler H. Professionelle Haltungen, sozialpädagogische Praxis und Organisationskultur. EREV *Schriftenreihe*. 2012;53(2):20-30) nach der 41 % der MitarbeiterInnen der Meinung sind, dass Klienten keine Lust hätten, Verantwortung zu übernehmen. Ohhhhhh, so was zu lesen tut weh!!

Kritik äußerte er daran, dass die Jugendhilfe sich ohne Ziele und Perspektive darstelle, ferner dass es keine Vertretung der fachlichen Standards nach außen gäbe.

Es freute mich, diese kritischen Stimmen zu hören, erinnere ich mich doch an DJHT auf denen trotz bereits vorhandener desaströser Situationen in der Jugendämtern oder in den ambulanten Hilfen kaum ein kritisches Wort geäußert wurde. Ich erinnere mich an eine DJHT-Groß-Veranstaltung, wo eine Kollegin, ebenfalls aus Berlin, und ich die einzigen waren, die Kritik einbrachten.... Nun, denn jetzt ist es so weit... Ich hoffe nicht zu spät. Ich hoffe, es ist geht weiter in der dringend notwendigen Debatte!!

Es ginge um die Entwicklung von Strategien und Ideen, die eine selbstbewusste Jugendhilfe leitet. Dabei seien Teilhabe und Handlungsbefähigung als Leitkategorien der Jugendhilfe zu sehen.

Bedeutsam fand ich einen Diskussionsbeitrag in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, keine Spaltung in Präventions- und Interventionshandeln auf der Basis fragwürdiger Normierungen, ökonomischer Verwertungslogik und gar moralischer Zuschreibungen (siehe Ziegler/Mohr) in Bezug auf die Klientengruppen entstehen zu lassen.

Des weiteren interessierte mich der Aspekt, den ich immer mehr in meiner Arbeit erlebe, dass man Familien nichts oder immer weniger zutraut, dass Krisen nichts mehr Normales sind, alles in Richtung Messbarkeit (von Problemen, Handlungen, Lösungen usw.) geht und die Messungsbestrebungen ein ungutes Kindheitsbild schaffen.

b) Kinder- und Jugendpolitisches Forum der AGJ

u.a. mit AGJ Vorsitzender Böllert, Kampmann (NRW-Familienministerin), Neher Cariats/BAGFW, Marks (BMFSFJ, Staatssekr.)

Natürlich suchte ich eine Gelegenheit MitarbeiterInnen des BMFSFJ in Fachveranstaltungen zu hören (davon gab es m.W. nur 2), also hin, wo Frau Marks, Staatssekretärin im BMFSFJ sich äußern würde. Ihr Auftritt bei der Jahrestagung der BAG ASD in Kassel in 2016 ist allen dort Teilgenommenen sicherlich noch in Erinnerung. Selten so viel Unruhe während eines Grußwortes erlebt, selten so viel patronisierendes Reden eines Politikers gehört und hinterher nur massive Kritik an ihr. Nun, sie war klug, sie war für ein Schlussstatement vorgesehen, bezog sich auf Äußerungen im Podium zum politischen Engagement junger Menschen. Mehr oder weniger hielt sie sich an dem Thema Jugendverbandsarbeit fest und hatte dann nur ein Sätzchen übrig, um darauf hinzuweisen, dass sie die SGB VIII nicht kommentieren wolle, das würde den Zeitrahmen sprengen. Bei einer solchen Äußerung konnte man nicht mehr ärgerlich reagieren, sondern nur arrogant lächeln....

Zu Beginn der Veranstaltung zeigte sich Karin Böllert, wie ich sie schon seit Jahrzehnten kenne, mit fundierten Argumenten. Sie wies u.a. darauf hin, dass die Länder 22 % der Jugendhilfekosten tragen, während der Bund nur 3,1 % dieser Kosten trägt (ich innerlich ergänzend: aber jugenhilfebetreffende Gesetze verabschiedet, die finanziell nicht unterlegt sind...!). Sie listete die Zeitschiene des neuen Gesetzentwurfs auf: 17.3. Ressortabstimmung, 24.3. Anhörung der Verbände und fasste zusammen: Ihr Wohlwollen gegenüber diesen Reformbestrebungen sei ihr während des Reformprozesses abhanden gekommen.

Klare Worte!

Ich hätte gerne dabei das Gesicht von Frau Marks gesehen – dieser ganze Parforceritt von Schwesig bzw. dem BMFSFJ muss ja den vielen SPD-Mitgliedern, die es unter den Jugendhilfern und vor allem Verbändevertretern gibt, ziemlich weh tun. Ich habe aber noch nicht gehört, dass welche ihr Parteibuch abgegeben haben, vielleicht weil sie hoffen, den Tanker SPD doch noch zu einem stärkeren Engagement in Richtung „Soziale Gerechtigkeit“ steuern zu können?

Sie kritisierte ferner, dass Qualitätsmerkmal der bisherigen Zusammenarbeit gewesen sei, im Dialog gegenseitiger Wertschätzung und unter Beteiligung der Fachleute einen Diskurs zu führen. Ein Miteinander sprechen machen nur Sinn, wenn man angehört wird. Es habe sich hohe Enttäuschungen über den Kurs (des BMFSFJ) breit gemacht.

Es gäbe bei einigen KollegInnen die Hoffnung, dass es doch alles nicht so schlimm kommen würde, dass man letztlich nicht die Kinderrechte gegen die Elternrechte ausspielen und Jugendämter und Freie Träger zusammenarbeiten würden. Die Verbürokratisierung – so hoffe man – sei nun eingestellt.

Aufgrund der „Reform“-bestrebungen habe sich ein breiter Fachdiskurs entwickelt. Was jedoch nicht stattgefunden hätte: Die Schaffung einer inklusiven Lösung (verschoben), eine Weiterentwicklung von Sozialraumorientierung und Hilfen zur Erziehung jenseits von Finanzjongleurismus. Wenn es nur um eine kleine Reform ginge, dann wäre es sinnvoller derzeit keine Reform durchzuführen und eine wirkliche Reformdiskussion in der nächsten Wahlperiode durchzuführen. (Hinweis: Vermutlich wird dieser Beitrag in Kürze in der AGJ-Zeitschrift „Forum Jugendhilfe“ veröffentlicht).

Da nur wenige TeilnehmerInnen in dem riesigen Saal saßen (ca. 2000 Plätze, ca. 50 Teilnehmer), gab es zwar von den Anwesenden Beifall, der aber in der Halle unterging.

c) Rechtsentwicklungen: Motor für mehr Gerechtigkeit?

(u.a. mit Ziegler, Wapler, Urban-Stahl, Rohrman)

In einem exzellenten Vortrag machte Holger Ziegler einen Ritt durch die Geschichte von Recht und Gerechtigkeit (u.a. sich dabei auf Dworkin und Tocqueville beziehend), in dem er u.a. auf die Unterschiede zwischen Recht und Regeln (Rules) hinwies. Recht enthielte Regeln aber auch Prinzipien (als Leitkategorien), Prinzipien beinhalteten Schutzrechte von Einzelnen gegenüber dem Mehrheitswillen. Das KJHG zeige viele Regeln auf, aber nur wenige Prinzipien, wie z.B. Gutes Gelingen von Leben. Fachlichkeit in der Jugendhilfe solle Motor für mehr Rechtlichkeit sein. Neues Recht (Anm MLC siehe Gesetzentwurf SGB-VIII) formuliert und damit Regeln, steht aber der Fachlichkeit im Weg. Wenn es Prinzipien gibt, die in Recht gemessen werden sollen, dann müssen diese Prinzipien in Recht gewandelt und errungen werden. Er forderte eine Rückkehr in den Gerechtigkeitsdiskurs.

Friederike Wapler wies darauf hin, dass in starkem Gegensatz zu der bisherigen „Reform“ des SGB BVIII das KJHG das Ergebnis einer langen von Fachlichkeit bestimmten Diskussion gewesen sei. Die zunehmende Ungleichheit zeige sich u.a. darin, dass immer häufiger Rechte weggenommen werden ... wenn Regeln erst einmal Gesetze sind, dann werden sie im engsten Sinne umgesetzt. Die UN-Konvention enthalte viele Punkte aus denen sich die Kritik an dem Gesetzentwurf des SGB VIII ableiten lassen. Sie empfiehlt Betroffenen Schadenersatz einzuklagen (analog zu Klagen z.B. zu Freiheitsentziehende Maßnahmen in Altenheimen).

d) Vom Kind aus denken! Die Reform der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII

u.a. mit Kleindiek, Schmitt-Oberkirchner u.a. vier weitere BMFSFJ Mitarbeiter, Moderation: Pfeifle, Stuttgart und Mund, Berlin

Ich hatte mir bereits am Vortag den Seminarraum angesehen, dachte noch, viel zu klein (ca. für 100 Leute Platz) kam um 8.40 Uhr an ... und stand mit vielen anderen vor der Tür... (Raum wurde um 8.30 Uhr geöffnet, um 8.35 überfüllt). Wegen Überfüllung der Veranstaltung kam keiner mehr hinein. Große Empörung bei allen, die vor der Türe stand. Zwischenrufe in den Raum hinein, dass mehrere hundert Interessierte vor der Tür stünden. Selbst eine Mitarbeiterin des BMFSFJ kam nicht hinein und musste alle möglichen Ausweise vorlegen bis sie nach einem Telefonat mit ihrer Abteilungsleiterin und persönlichem Abholen an der Tür hineingelassen wurde (das war mal eine neue Variante mit einem Türsteher in

Berührung zu kommen). Nun, die AGJ Vorsitzende Böllert nahm sich der Sache persönlich an.

Um 9.20 h startete die Veranstaltung in einer wesentlich größeren Zahl (ca. 1000 Teilnehmer!!). Wer auch immer in diesem Messeablauf dafür sorgte, dass dann 6 Bodyguards des Wachschutzes zunächst im Saal mit anwesend waren, weiß ich nicht, bei der Sicherheitsfirma scheint man keine Ahnung zu haben, wie man differenziert mit Veranstaltungen umgeht ...!) Nach Hinweis, dass doch solche Bewachung nicht gerade förderlich für die Diskussion sei, da die Stimmung doch eh gereizt, wurden die Wachleute abgezogen (und standen vor der Tür, weitere Interessenten konnten dann erneut wegen Überfüllung nicht hinein).

Also, großer Zulauf, man wollte doch direkt vom BMFSFJ etwas zu der Reform hören. Ich möchte hier gar nicht viel von der Diskussion wiedergeben.

Kleindiek vom BMFSFJ betonte das, was wir bereits am Vortrag im Rahmen der Politiker-Eröffnungsreden gehört hatten: Vom Kind aus denken, Kinder schützen, Pflegeeltern stärken, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Das BMFSFJ sei an einem Dialog mit den Fachleuten interessiert (Zwischenruf: Das haben wir gemerkt!)

Nach den erläuternden Worten von Kleindiek zum Gesetzentwurf versuchten die beiden Moderatoren einen Diskussionsstrang aufzubauen und baten um Wortmeldungen zu diesen Diskussionspunkten. Da ich während der Diskussion nur wenig mitgeschrieben habe, werde ich im Folgenden nur kurz meine Eindrücke skizzieren.

Zunächst: Die Diskussionsstränge waren nicht einzuhalten, die Wortmeldungen bezogen sich im Allgemeinen auf das, was dem jeweils Vortragenden in seiner Kritik an der „Reform“ wichtig war. Durch die Bank, wirklich durchgehend, gab es nur Kritik. Einzig... der Vertreter der Caritas (vermutlich Caritasdirektor Neher) begrüßte den vorliegenden Gesetzesentwurf. Er musste viel kritisches Gemurmel dafür hinnehmen. Man hatte schon vorher hinter den Kulissen gehört, dass die Caritas bei den letzten Verhandlungen „umgekippt“ sei (wie auch von einem anderen Verbandsvertreter). Seine „Reform“-Unterstützung wirkte aber eher verstärkend auf die Kritiker, die weiter die von den Vertretern des BMFSFJ durchgejagte „Reform“ in Frage stellten. Viele Kritiker u.a. vom Bündnis Kinder- und Jugendhilfe, AK Kritische Sozialarbeit, Thomas Mörsberger u.v.a.m ließen kein gutes Haar an einzelnen Punkten der „Reform“. Da sich keiner kritisch zu den Plänen im Pflegekinderbereich (der an sich nicht einer meiner Arbeitsschwerpunkte bisher war), habe ich mich als Familientherapeutin hierzu geäußert und auf die „erfolgreiche der Lobbyisten aus den Pflegeelternverbänden“ bezogen. Ich fragte, ob in den ganzen Gesprächen zur Pflegekinderthematik ein einziger leiblicher Elternteil je angehört wurde. Es sei allen klar, dass es eine Vielzahl von Probleme gäbe, wenn Drehtüreffekte bei Kindern entstehen, aber was hier durch das BMFSFJ hier installiert würde, wäre eine Ermöglichung von „Zwangsadoptionen“ durch die Hintertür. Ich hatte kurz zuvor mit einer österreichischen Kollegin, die im Bereich Adoption publiziert hat, erfahren, dass es in England inzwischen 20jährige Erfahrungen mit „forced adoptions“ gäbe und es hierzu fatale Ergebnisse gäbe (inzwischen habe ich recherchiert: es gibt dazu u.a. mehrere Klagen gegen Verletzung der Menschenrechte vor dem EuGH in Strassburg). Deutschland hat die niedrigsten Rückführquoten aus Pflegeelternfamilien zurück in die Herkunftsfamilien in allen sogenannten Industrieländern!

e) Partnerschaftliche Zusammenarbeit: öffentliche und freie Kinder- und Jugendhilfe zwischen Verantwortungsgemeinschaft und Geschäftsbeziehung

u.a. mit Pothmann, Wiesner, Kröger, Goral, Trede

Zunächst stellte Jens Pothmann von der TU Dortmund, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik in gekonnter Weise einige Daten zur Entwicklung der Trägerlandschaft dar (Vorabbemerkung Pothmann: Durch die Erfassung einer Person für nur einen Arbeitsbereich gibt es einige Unschärfen):

2 – 3 % Anteil nicht-gemeinnütziger Träger (2010 und 2014, 2016 Steigerung auf 8,5 %)

Stationäre Einrichtungen Jugendhilfe

82 % Privat gemeinnützige Träger

04 % öffentliche Träger

14 % Privat nicht-gemeinnützige Träger

Ambulante Hilfen

Trägergruppen:

9 von 16 von allen DPW

4 von 16 von allen Diakonie

3 von 16 von allen Caritas

Heimerziehung

5 von 16 von allen DPW

4 von 16 von allen Diakonie

4 von 16 von allen Caritas

Regionales:

Privatgewerbliche Träger (Ambulante Hilfen)

26,9 % Hamburg

07,0 % Berlin

02,0 % Mecklenburg-VP

20,1 % Niedersachsen

11,7 % Schleswig-Holstein

09,1 % NEW

Privatgewerbliche Träger (Heimerziehung)

00,0 % Saarland

04,0 % Berlin

52,0 % Schleswig-Holstein

23,3 % Saarland

15,6 % Hamburg

Frage:

Wie müssten Hilfen zur Erziehung bewertet werden in Bezug auf Regelungen (in Hinblick auf privatgewerbliche Träger)? Wegbrechen – oder Dominieren von Vielfaltsgedanken?

Leider konnte ich wegen meiner Abreise die weiteren Beiträge nicht mehr hören, wie ebenso einige sicherlich sehr interessante andere Veranstaltungen am 30.3.2017.

Ich habe hier nur eine kleine Auswahl aus der Vielzahl von Veranstaltungen des DJHT ausschnitthaft und mit dem Anspruch auf Subjektivität wiedergegeben. Ich hoffe, dass es der LeserIn zumindest einen kleinen Einblick in die zukünftigen Entwicklungen gibt. Ich habe in den vielen Jahren, an denen ich regelmäßig an Jugendhilfetagen teilgenommen habe, diesen immer als eine Veranstaltung erlebt, die bei aufmerksamer Betrachtung die richtungsweisenden Entwicklungen erkennen ließ. Dies half Priorisierungen manchmal zeitig kritisch zu hinterfragen oder zumindest einige Aspekte als Fachmann/Fachfrau in anderen Zusammenhängen zu reflektieren.

Ich hoffe, dass die weitere Diskussion zur geplanten SGB VIII-Reform nicht von Zuweisungen (Nörgler/Anpassler) bestimmt wird. Mein politisches Verständnis ist davon geprägt, dass Verbandsvertreter immer ein Ohr an der Fachbasis haben sollte, ansonsten verlieren diese die Grundlage für ihre Arbeit. Nur wenn eine Basis Weiterentwicklungen, die von Organisationen vorangetrieben werden, mit trägt, kann es überhaupt zu diesen kommen. Als ich den ersten Entwurf zum SGB-VIII kennenlernte, war einer meiner ersten Äußerungen: „Das werden die in der Praxis“ nicht mitmachen!“ Viele Regelungen, Vorgaben, Richtlinien werden vor Ort nicht eingehalten, umgangen oder unterschiedlich „interpretiert“, wenn – ja wenn die Basis deren Sinnhaftigkeit nicht nachvollziehen kann (siehe Conen „Ungehorsam“ 2015)

Des Weiteren gehe ich davon aus, dass jede Fachvertretung durch die Verbände den Druck der Basis braucht, um als Argument in Verhandlungen einbringen zu können. (Nicht nur Gewerkschaften funktionieren so, sondern auch Fachverbände, die Mediziner-Fachverbände machen es uns in der Jugendhilfe vor. Es gibt ca. 300.000 Mediziner, und ca. 290.000 Sozialarbeiter, aber wer ist mit Aktionen in den Medien?)

Also: Die Basis sieht dies anders, wir können dies unserer Basis nicht vermitteln. Daher sind Verbandsvertreter auf kritische Geister aus der Basis angewiesen. Der Mangel an Politisierung in der Sozialarbeit, hier Jugendhilfe, ist ja auch mit darauf zurückzuführen, dass die KollegInnen keine Einflussmöglichkeiten sehen. Diese Kritik hat ja in manchen Verbänden schon zu massivem Mitgliederschwund beigetragen. Daher hoffe ich sehr, dass Verbandsvertreter nicht nur mit Gesetzesvertretern „verhandeln“, sondern auch ein Ohr an der Basis haben – ... und: die Basis sind nicht nur in Form von Geschäftsführern und Leitungskräften, die sich es heute zeitlich noch leisten können zu Tagungen zu fahren, sondern auch die Fachkräfte vor Ort.

Ich hoffe, dass innerhalb der Jugendhilfe, die Orte geschaffen werden, die Reinhold Schone (siehe oben) für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe als dringend notwendig gefordert hat.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einige ausgewählte Stellungnahmen bzw. die Links zu diesen Stellungnahmen zukommen lassen, so dass Sie sich selbst ein Bild davon machen können. Weitere Stellungnahmen können Sie der Webseite www.kijup-sgbviii-reform.de entnehmen.

2. Stellungnahmen zum Regierungs-/ Referentenentwurf

<https://bremerbuendnissozialearbeit.jimdo.com/stellungnahmen/stellungnahmen-zur-geplanten-sgb-viii-novelle/>

Stellungnahme Der Paritätische – Gesamtverband vom 2.5.2017 zum Regierungsentwurf
http://kijup-sgbviii-reform.de/wp-content/uploads/2016/07/Paritaet_Stellung_SGVIII_RegE-2.5.2017.pdf

Stellungnahme der BAG/ ASD vom 17.3.2017 zum Referentenentwurf
<http://www.bag-asd.de/>

Stellungnahme der AGJ zum Referentenentwurf vom 17.3.2017
<http://kijup-sgbviii-reform.de/wp-content/uploads/2016/07/AGJ-StN-RefE-27.3.2017.pdf>

Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände vom 23.3.2017 zum Referentenentwurf
<http://kijup-sgbviii-reform.de/wp-content/uploads/2016/07/BV-kommunale-Spitzenverb%C3%A4nde-StN-RefE-23.3.2017.pdf>

Stellungnahme der Erziehungshilfefachverbände vom 23.3.2017 zum Referentenentwurf
<http://kijup-sgbviii-reform.de/wp-content/uploads/2016/07/Erziehungshilfefachverb%C3%A4nde-Anmerkungen-RefE-23.3.2017.pdf>
<http://wordpress.gilde-soziale-arbeit.de/wp-content/uploads/2017/01/Gilde-JT-2017-Flyer.pdf>

Einspruch der Kinder- und Jugendhilfeforschung
http://www.dgsa.de/fileadmin/user_upload/Einspruch_der_Kinder-_und_Jugendhilfeforschung_zum_KJSG-Gesetzgebungsverfahren.pdf

Und noch ein Hinweis, der Vortrag von Holger Ziegler am 21.2.2017 in Berlin im Rahmen der Veranstaltung „D/Reformierung der Kinder- und Jugendhilfe ist auf Youtube abrufbar.

Vortrag Holger Ziegler, Berlin
<https://www.youtube.com/watch?v=32Io5ux7id4>